



# Bundestagswahl 2021: Impulse der Wirtschaft

Strategisch digitalisieren



IHK NRW - Die Industrie- und Handelskammern  
in Nordrhein-Westfalen

<b>Situation</b> Die innovativen Potenziale durch eine sichere, praktikable Nutzung von Daten werden nicht ausgeschöpft. 	<b>Zielsetzung</b> Sichere digitale Ökosysteme, in denen Daten einfach wertschöpfend genutzt werden können. 	<b>Lösung</b> Praxisorientierte Unterstützung einer sicheren Nutzung von Daten mit angemessenen Rahmenbedingungen. 
<b>Impuls 1</b> <b>Datenschutz rechtssicher, praktikabel und wettbewerbskonform gestalten</b>	<b>1)</b> Stabile und praktikable Gesetze für elektronische Kommunikation schaffen und Belastungen reduzieren. Digitale Wettbewerbsfähigkeit schafft Wachstum. <b>2)</b> Rechtsunsicherheit für Drittstaatentransfers sind zeitnah zu beseitigen. Die Maßstäbe der DSGVO sind auf Anpassungsbedarf zu prüfen. <b>3)</b> Planungssicherheit schaffen: Datenschutz sollte sich als Wettbewerbsvorteil und nicht als Wachstums- und Innovationsbremse erweisen.	<b>1)</b> ePrivacy zeitnah neu gesetzlich regeln - möglichst EU-weit, mindestens bundesweit. Übermäßige bürokratische Pflichten abbauen. <b>2)</b> Stablen und praktikablen Rechtsrahmen schaffen - zeitnah über neue Angemessenheitsbeschlüsse (USA), modernisierte Standardvertragsklauseln, langfristig über weltweite Datenschutzstandards. <b>3)</b> DSGVO und Anpassungsgesetze (ePrivacy) von Überregulierung befreien und praxiskonform gestalten, Rechtssicherheit und Datenschutz als Standortvorteil etablieren.
<b>Impuls 2</b> <b>Sicheres digitales Ökosystem schaffen</b>	<b>1)</b> Unternehmen sind auf Angriffe und Notfälle vorbereitet und haben eine zentrale Anlaufstelle, über die sie die passenden Informationen und Ansprechpartner finden. <b>2)</b> Die Pflichten sind möglichst gering gehalten und ziel-führend auch zum Nutzen der Unternehmen gestaltet. <b>3)</b> In der EU werden weltweit konkurrenzfähige, sichere Soft- und Hardwareprodukte hergestellt. <b>4)</b> Es ist für Unternehmen erkennbar und nachvollziehbar, welches IT-Sicherheitsniveau ein IKT-Produkt hat.	<b>1)</b> Ein zentraler Lotse (Transferstelle IT-Sicherheit) informiert und verweist auf Angebote zur Prävention sowie Hilfe bei Sicherheitsvorfällen. <b>2)</b> Gesetze (z. B. IT-SichG 2.0) auf Praxistauglichkeit prüfen und mehr auf Freiwilligkeit und Nutzen für Unternehmen ausrichten (z.B. freiwillige Meldungen statt Meldepflichten bei Vorfällen). <b>3)</b> Schlüsseltechnologien (z. B. durch die Agentur für Sprunginnovationen) fördern, die der Staat als Pilot-nutzer verwendet (IoT, KI, Blockchain). Europäische Anbieter durch gemeinsame Plattform unterstützen. <b>4)</b> Gütesiegel einführen, mit denen das IT-Sicherheits-niveau einschätzbar ist.
<b>Impuls 3</b> <b>Rohstoff Daten heben</b>	<b>1)</b> Deutschland und die EU sind Vorreiter der Daten-wirtschaft. Es stehen ausreichend Daten zum Trainieren von KI und für innovative Produkte zur Verfügung. <b>2)</b> Recht an Daten ist geklärt; Datenkooperationen und Datenpools sind möglich. <b>3)</b> Recht auf Datenzugang und -teilhabe ist abgestimmt. <b>4)</b> Leichter Zugang zu "Open Government Data"	<b>1)</b> Wettbewerbsfähige, sichere Infrastruktur und Standards für Datenpools, z.B. mit Gaia X, ausbauen. Rechtliche und steuerliche Anreize für gemeinsame Datennutzung setzen. <b>2)</b> Faire und klare Regeln für Datenaustausch und -zugang schaffen (z.B. Austausch privilegieren). Dabei Datensouveränität respektieren. <b>3)</b> Rechtssicheres Arbeiten mit Big Data, z.B. durch Novelle EPVO & DSGVO. Anreize schaffen für Datenteilhabe & -schnittstellen (z.B. Standards, Datenpools). <b>4)</b> "Open Government Data" bundes- und EU-weit koordiniert ausbauen.

## Situation

Deutschland hinkt im digitalen Wettbewerb hinterher. Das gefährdet die Zukunftsfähigkeit und digitale Souveränität.



## Zielsetzung

Deutschland und EU nehmen bei digitalen Schlüsseltechnologien internationale Spitzenplätze ein.



## Lösung

Digitalisierungsstrategie mit schnellen und effektiven Maßnahmen auf- und umsetzen.



### Impuls 1

**Digitalisierung strategisch angehen und digitale Souveränität sicherstellen**

1) Deutschland ist bei der Digitalisierung nicht wettbewerbsfähig (6. der G7).<sup>1</sup> Die Wirtschaft läuft Gefahr, digital den Anschluss zu verlieren.

2) In Deutschland entstehen wenig disruptive, erfolgreiche digitale Geschäftsideen. Der Fokus der Politik liegt auf Digitalisierungsprojekten innerhalb bestehender Industrien.

3) Mangels eigener zentraler digitaler Technologien bestehen in manchen Digitalbereichen (z.B. Plattformen, Infrastruktur) Abhängigkeiten, die Innovationspielräume und Sicherheit gefährden können.

1) Deutschland nutzt die Chancen der Digitalisierung engagiert und hat seine Aktionen dazu umfassend, aus einem Guss und schlagkräftig ausgerichtet.

2) Digitalen Pionieren den Weg bereiten: Ein branchenübergreifendes, digitales Ökosystem und ein digitales Mindset fördern innovative und disruptive digitale Geschäftsideen.

3) Deutschland und die EU sind in kritischen Digital- und Datenbereichen souverän und bringen eigenständige innovative Technologien und wettbewerbsfähige Lösungen hervor.

1) Die Bundesregierung erstellt langfristige Digitalstrategie mit schnellen, effektiven Investitionen (z.B. Zukunftsfonds umsetzen). Leuchtturmprojekte realisieren statt Dschungel an Fördermaßnahmen konservieren.

2) Branchenübergreifenden Austausch und Projekte zu Digitalem unterstützen. Entrepreneurship stärken und Gründungen erleichtern (online in 1 Tag). Wachstumsfinanzierung sichern (z.B. VC-Fonds).

3) Kernkompetenzen im Bereich zentraler Technologien, Infrastrukturen und Dienstleistungen vorhalten (z.B. KI, 5G und 6G, Industriepattformen,...). EU-weite Datenstrategie umsetzen.



### Impuls 2

**Spitzenposition in digitalen Technologien erreichen**

1) Bei Zukunftstechnologien wie KI oder Blockchain haben die EU und Deutschland noch eine Chance, im internationalen Wettbewerb zu bestehen – auch wenn andere Länder (USA, China,...) schon weiter sind.

2) Wegweisende Zukunftstechnologien wie Quantencomputing, 6G,... bieten enormes Potenzial für die Digitalisierung der Wirtschaft und Gesellschaft.

3) Der breiten Nutzung digitaler Schlüsseltechnologien stehen häufig regulative Einschränkungen, fehlende Treiber und mangelnde Akzeptanz gegenüber.

1) Deutschland nimmt als Leuchtturm in der EU einen internationalen Spitzenplatz bei digitalen Schlüsseltechnologien und deren breiter Nutzung ein.

2) Deutschland greift Zukunftstechnologien frühzeitig auf, um Technologieführerschaft und breite Anwendung zu erreichen.

3) Erschwerende Rahmenbedingungen für digitale Schlüsseltechnologien werden früh identifiziert und verbessert.

1) KI-Strategie konsequenter umsetzen (z.B. KI-Professuren zügig besetzen), Maßnahmen der Blockchain-Strategie ausrollen, Bundesstrategien und EU-Vorhaben stärker verknüpfen.

2) Entwicklung von Zukunftstechnologien gezielt und schlagkräftig mit konzentrierter Strategie fördern. Dabei früh auch die wirtschaftliche Nutzbarkeit in den Fokus stellen.

3) Digitale Schlüsseltechnologien für digitale Verwaltungszwecke aufgreifen. Dazu wird umfangreich informiert & regulative Einschränkungen frühzeitig identifiziert und beseitigt.



### Impuls 3

**Mittelstand mitnehmen**

1) Kleine und mittlere Unternehmen profitieren oft mangels Wissen, Kompetenzen und Ressourcen weniger und später von digitalen Schlüsseltechnologien.

2) Erst 39% der IHK-Mitglieder sehen sich digital gut oder sehr gut aufgestellt.<sup>2</sup> Erhebliches Potenzial für mehr Effizienz, Absatzmärkte und Kommunikation liegt brach.

1) Kleine und mittlere Unternehmen sind frühzeitig über technologische Entwicklungen informiert und setzen sie zügig, sicher und zielführend für ihre Zwecke ein.

2) Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen schöpfen die Chancen der Digitalisierung für sich umfassend aus.

1) Know-how-Transfer zwischen Wissenschaft, Mittelstand und Start-ups sicherstellen. Regionale Info- und Vernetzungseinheiten mit Teststationen als Anlaufstellen ausbauen (Mittelstand 4.0-Zentren).

2) Förderprogramme wie Go Digital und ZIM werden evaluiert und ggf. schlagkräftiger verknüpft. Das Förderprogramm Digital Jetzt wird überarbeitet. Der Zugang zu Fördermitteln wird einfach und auch für Start-ups attraktiv.

## Situation

Deutschland hinkt im digitalen Wettbewerb hinterher. Das gefährdet die Zukunftsfähigkeit und digitale Souveränität.



## Zielsetzung

Deutschland und EU nehmen in digitalen Schlüsseltechnologien internationale Spitzenplätze ein.



## Lösung

Digitalisierungsstrategie mit schnellen und effektiven Maßnahmen auf- und umsetzen.



## Impuls 4

### Digitale Kompetenz und Akzeptanz stärken

- 1) 9 von 10 Jobs benötigen digitale Kompetenzen.<sup>3</sup> 2/3 der Unternehmen haben aufgrund des Fachkräftemangels Schwierigkeiten, die Potenziale der Digitalisierung zu nutzen.<sup>4</sup>
- 2) Neue Technologien wie KI, Robotik oder Blockchain stoßen in der Gesellschaft auf Skepsis, die einer breiten Nutzung neuer Lösungen entgegensteht.

1) Unternehmen und ihre Mitarbeiter haben ausreichende digitale Kompetenz, um den digitalen Wandel aktiv mitzugestalten.

2) Die Gesellschaft geht offen, informiert und digital kompetent mit neuen Technologien um. Neue Technologien sind transparent und halten ethische Standards ein.

1) Digitale Kompetenzen müssen umfassend vermittelt werden: in Schulen, Berufsausbildung, Studium und berufsbegleitend.

2) Wissen um und Nutzen neuer Technologien durch niedrigschwellige Diskurs- und Informationsangebote vermitteln. Unternehmen in die Entwicklung ausgewogener Ethik-Standards involvieren.

## Situation

Die Mobilfunk- & Breitbandversorgung ist Grundlage aller Digitalisierung. Vor allem für Unternehmen ist der Status quo unbefriedigend.



## Zielsetzung

Leistungsfähige Breitband- und Mobilfunknetze für digital erfolgreiches Wirtschaften.



## Lösung

Schneller Ausbau durch aktive Unterstützung und bessere Gestaltung der Rahmenbedingungen.



### Impuls 1

#### Breitbandausbau auf Unternehmen fokussieren

- 1) Unternehmen benötigen weit leistungsfähigeres Internet als Haushalte. Der Fokus des Ausbaus sollte wie in NRW auf Unternehmensstandorten liegen.
- 2) In NRW sind von über 3.900 gemeldeten Gewerbegebieten 77 Prozent mit Glasfaser erschlossen. An vielen dezentralen Standorten gibt es weitere Probleme.

- 1) Unternehmen können ihren höheren Breitbandbedarf am Standort bezahlbar abdecken.

- 1) Breitbandförderung gemeinsam mit Kommunen auf Unternehmen ausrichten. Bundesweiten Masterplan zur Orientierung kommunaler Projekte umsetzen.



### Impuls 2

#### Ausbau des Breitbandnetzes beschleunigen

- 1) Regulierungsvorschriften sind mitunter unklar in den Auswirkungen (bspw. DigiNetz-Gesetz) und verzögern den Ausbau statt zu beschleunigen.
- 2) Hoher Zeit- und Kostenaufwand für Baugenehmigungen bremst Tiefbauunternehmen aus.
- 3) Fehlende Kapazitäten im Tiefbau limitieren die Umsetzungsgeschwindigkeit des Breitbandausbaus.<sup>2</sup>

- 1) Schnellerer Ausbau durch gewährleistete Investitionssicherheit für Kommunen und Netzanbieter.

- 1) Regelmäßige Begutachtung der Regulierungsbedingungen (z.B. ausgewogene Regeln für Mitverlegung im DigiNetzG).

- 2) Die Planung und Genehmigung des Breitbandausbaus erfolgt schnell und zuverlässig.

- 2) Genehmigungsverfahren z. B. durch kommunale Pauschaleraubnisse und digitale, standardisierte Prozesse beschleunigen und verschlanken.

- 3) Der Breitbandtiefbau wird deutlich beschleunigt

- 3) Rahmenbedingungen (z. B. qualifizierte Zuwanderung) für Fachkräfte im Tiefbau langfristig sicherstellen. Alternative Verlegungsmethoden nutzen.



### Impuls 3

#### Mobilfunk-Versorgung effektiv verbessern

- 1) 84% der befragten Unternehmen berichten von Mobilfunkproblemen mit Telefonie und Datenmobilfunk.<sup>3</sup>
- 2) Die Chancen von 5G werden insbesondere von KMU oft noch nicht gesehen. Anwendungen und 5G-Infrastrukturausbau werden noch wenig vorangetrieben.

- 1) Die flächendeckende Mobilfunk-Basisversorgung mittels 4G ist 2022 vorhanden.

- 1) Ausbaupflichtungen & freiwillige Ausbauszusagen bei den Netzbetreibern zur 4G-Basisversorgung konsequent einfordern. Kooperation der Netzbetreiber fördern.

- 2) Die innovativen Chancen von 5G werden genutzt. 5G-Netze werden sowohl von den Netzbetreibern als auch von Unternehmen aufgebaut und verwendet.

- 2) Politik wie Wirtschaft unterstützen und fördern innovative 5G-Konzepte durch Aufbau von Testumgebungen und 5G-Förderungen für KMU.



### Impuls 4

#### Weniger Bürokratie bei Planung und Genehmigung von Mobilfunkstandorten

- 1) Mobilfunkinfrastruktur benötigt oft umfangreiche Genehmigungen, die den Ausbau verzögern.
- 2) Zu lange Abstimmungs- und Genehmigungsprozesse: Von der Planung bis zur Inbetriebnahme eines Mobilfunkmastes vergehen in der Regel 12-24 Monate.

- 1) Nur noch besonders umfangreicher Ausbau von Mobilfunkinfrastruktur benötigt Genehmigungen.

- 1) Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen, damit weniger Mobilfunkinfrastruktur genehmigungspflichtig ist (z.B. Mobilfunkanlagen als Bestandteil von Bundesstraßen einstufen).

- 2) Binnen drei Monaten erfolgt die Genehmigungsentscheidung.

- 2) Vereinfachung und Beschleunigung der Genehmigungsprozesse, z.B. Unterstützung durch die Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft des Bundes.



### Impuls 5

#### Mobilfunkstandorte finden, Bedenken begegnen

- 1) Netzbetreiber haben Probleme bei der Suche nach Mobilfunkstandorten.
- 2) Bedenken aus Bevölkerung und Verwaltung hinsichtlich Strahlung und Ästhetik / Denkmalschutz verzögern den schnellen Mobilfunkausbau unverhältnismäßig.

- 1) Es gelingt, zügig ausreichende Mobilfunkinfrastruktur zu finden, insbesondere von der öffentlichen Hand.

- 1) Die öffentliche Hand stellt vielfältige Standorte zu angemessenen Preisen zur Verfügung.

- 2) Die Diskussion um potenzielle Mobilfunkrisiken erfolgt informiert und sachlich. Der Nutzen von Mobilfunk wird anerkannt.

- 2) Eine Informationskampagne von neutraler Seite bereitet die Fakten leicht verständlich auf und vermittelt den Nutzen von Mobilfunk.

## Situation

Analoge bzw. schlecht digitalisierte Verwaltungsleistungen führen bei Unternehmen zu hohen Bürokratiekosten.



## Zielsetzung

Auf ein Minimum reduzierte Verwaltungskontakte erfolgen schnell und nutzerfreundlich.



## Lösung

Verwaltungsleistungen für Unternehmen konsequent und standardisiert digital umsetzen.



### Impuls 1

Bundesweites Gesamtkonzept erarbeiten und umsetzen

- 1) Der Ausbau digitaler Verwaltungsangebote birgt erhebliches Einsparpotenzial: bei Unternehmen i.H.v. 54 % ihres Aufwands für Behördengänge (= 1 Mrd. Euro/Jahr), bei der Verwaltung i.H.v. 59 % (=3,9 Mrd.Euro/Jahr)<sup>1</sup>.
- 2) Unternehmen treffen auf einen föderalen Flickenteppich von digitalen Verwaltungsangeboten, der verwirrt und Mehraufwand generiert.

- 1) Chancen der Digitalisierung endlich auch in der Verwaltung umfassend nutzen und damit die Wirtschaft entlasten und besser unterstützen.

- 2) Kommunal-, Landes- und Bundesverwaltungen bieten den Unternehmen als Kunden einheitlich auftretende, interoperable digitale Leistungen an. Zudem ist die Anschlussfähigkeit an EU-Institutionen sichergestellt.

- 1) Konsequente Digitalisierung ist prioritäres Strategieziel der Verwaltung auf allen Ebenen und wird föderal abgestimmt vorangetrieben.

- 2) Ebenenübergreifendes Gesamtkonzept (v.a. EFA-Architektur) mit zentralen Lösungen, offenen Standards & Nachnutzung konsequent umsetzen. Dazu Single Digital Gateway frühzeitig ausrollen.



### Impuls 2

Onlinezugangsgesetz (OZG) konsequent umsetzen und ausweiten

- 1) Die im OZG vorgesehene Digitalisierung aller Verwaltungsleistungen bis 2022 droht, durch Verzögerungen und Depriorisierung vieler Leistungen nicht erreicht zu werden.
- 2) Servicekonto und digitale Authentifizierungsmöglichkeiten sind elementare Komponenten für den Erfolg der OZG-Umsetzung. Für Unternehmen als juristische Personen fehlt das noch.
- 3) Die Eröffnung eines Online-Zugangs für einzelne Leistungen im OZG greift zu kurz. Optimierungspotenziale der Prozesse in Unternehmen und Verwaltung bleiben unberücksichtigt.

- 1) Unternehmen können so schnell wie möglich (spätestens 2022) tatsächlich alle relevanten Verwaltungskontakte digital durchführen.

- 2) Das auf Basis von ELSTER geplante Servicekonto für Unternehmen dient bundesweit als Zugang zum Portalverbund mit hilfreichen, standardisiertem Funktionsspektrum.

- 3) Verwaltungsdigitalisierung findet im Ökosystem aus Unternehmen und Verwaltungen statt: Prozesse greifen reibungslos ineinander.

- 1) OZG-Umsetzung konsequent vorantreiben. Nachnutzung von "Einer für Alle"-Projekten (Efa) sicherstellen. Depriorisierung von Leistungen nur als begründete Ausnahme zulassen.

- 2) Servicekonto für Unternehmen bundesweit einheitlich umsetzen mit nutzerfreundlicher Authentifizierung & Zusatzfunktionen, z.B. Single-Sign-On, Rechte & Rollen, Datensteuerung etc..

- 3) Workflows sollen alle Verfahrensbeteiligte berücksichtigen. Im Backoffice der Verwaltung werden Prozesse durchgängig digital gestaltet. Hierzu Prozesse kontinuierlich optimieren.



### Impuls 3

Unternehmen als Power-User von E-Government in den Fokus stellen

- 1) Unternehmen haben ~130 Kontakte/Jahr zur Verwaltung (Bürger ~3/Jahr). Trotzdem fokussieren viele E-Government-Projekte auf Bürger. Effizienzpotenzial für Wirtschaft liegt brach.
- 2) Digitale Verwaltungsangebote sind oftmals zu sehr aus Verwaltungssicht konzipiert und nicht nutzerfreundlich.
- 3) Digitale Verwaltungsleistungen sind schwer zu finden und nicht leicht zu nutzen. Dies verhindert die Akzeptanz von E-Government-Angeboten.

- 1) E-Government-Aktivitäten auf schnelle Hebung des großen Effizienzpotenzials für Unternehmen ausrichten.

- 2) Oberste Maxime aller Digitalisierungsaktivitäten der öffentlichen Hand sind die Anforderungen der Nutzer, d.h. Unternehmen aller Branchen und Größenklassen.

- 3) Single Point of Contact: Alle unternehmensrelevanten Leistungen sind auf einer Plattform auffindbar und einfach nutzbar.

- 1) Priorisierte Umsetzung von Basiskomponenten (z.B. Unternehmensportal) und Leistungen (z.B. Gründung, Meldepflichten) für Unternehmen.

- 2) Nutzer stärker in Entwicklung z.B. via Digitallabore einbinden. Je nach Unternehmensbedarf menschen- und maschinenlesbare Datenübermittlung ermöglichen.

- 3) Unternehmensportal zügig umsetzen. Portalverbund integrieren. Nutzerfreundliche Authentifizierung mit komfortablem Unternehmenskonto.

## Situation

Analoge bzw. schlecht digitalisierte Verwaltungsleistungen führen zu hohen Bürokratiekosten.



## Zielsetzung

Auf ein Minimum reduzierte Verwaltungskontakte erfolgen schnell und nutzerfreundlich.



## Lösung

Verwaltungsleistungen für Unternehmen konsequent und standardisiert digital umsetzen.



### Impuls 4

Datenschutz in Verwaltung bergen

- 1) Unternehmen geben gleiche / ähnliche Daten bei unterschiedlichen öffentlichen Stellen und Verfahren x-fach wiederholt ein.
- 2) Daten sind Grundlage für innovative Lösungen: In den Verwaltungen liegen viele Daten ungenutzt.

- 1) "Once Only"-Prinzip: Unternehmen geben ihre Daten einmal ein. Verwaltungsverfahren rufen bereits vorhandene Daten ab.

- 2) Die Verwaltung nutzt die eigenen Daten für Prozessoptimierung. Unternehmen nutzen die Daten der öffentlichen Verwaltung umfassend.

- 1) Datensätze verschiedener Verfahren standardisieren. Register miteinander verknüpfen. Registermodernisierungsgesetz umsetzen. Einheitliche Wirtschafts-ID-Nummer einführen.

- 2) Daten strukturieren & zusammenführen. Prozesse automatisieren. Open Data-Angebot verbessern und ausbauen.



### Impuls 5

Innovationen in Verwaltung anreizen

- 1) Verwaltungen nutzen neue Technologien später als Unternehmen, verpassen deren Chancen und bremsen so die Digitalisierung insgesamt.
- 2) Start-ups haben hohe Innovationskraft, erhalten aber oft keine Aufträge der öffentlichen Verwaltung. Grund sind u.a. Ausschreibungsanforderungen wie der Nachweis der letzten 3 Jahresabschlüsse.

- 1) Verwaltung greift neue Technologien frühzeitig auf, versteht sie und unterstützt damit Akzeptanz in Gesellschaft & Digitalisierung in Unternehmen.

- 2) Die öffentliche Verwaltung profitiert von innovativen Start-ups für schnelle Verwaltungsangebote.

- 1) Pilotprojekte, ggf. in Sandboxes, frühzeitig mit neuen Technologien umsetzen. Erkenntnisse für etwaige regulative Anpassungen nutzen.

- 2) Start-ups bewusst in innovative Verwaltungsprojekte einbinden. Erfolgreiche Ansätze (z.B. in Innovationslabs) bündeln. Offene Schnittstellen bereitstellen.

## Impuls 1

### Deutschland und EU zum „Technologieowner“ neben USA und China machen

## Impuls 2

### Digitale Souveränität Europas vorantreiben

## Impuls 3

### Schneller in den Markt: Technologietransfer neu ausrichten

### Situation

Anteil der innovativen Mittelständler ist auf 19 % gesunken<sup>1</sup>.

- 1) Die deutsche Hightech-Strategie 2025 ist solide, aber nicht visionär. Sie nimmt richtige Herausforderungen auf, enthält aber keine Vorstellung von der technologischen Positionierung Deutschlands in der Welt 2030.
- 2) Deutschland und die EU laufen technologisch den USA und China hinterher.

- 1) Digitale Plattformen entwickeln sich zu Monopolen. Unternehmen sind zum großen Teil von Digitalkonzernen aus Drittstaaten abhängig.
- 2) Unternehmen nutzen ihre Daten zu wenig. Oft ist unklar, wer generierte Daten wie verarbeiten darf. Potenzielle Chancen aus neuen Geschäftsmodellen bleiben damit ungenutzt.

- 1) Der schnelle Transfer von wiss. Erkenntnissen und Technologieentwicklungen in den Markt funktioniert nicht. Akteure fehlen, die aktiv auf KMU zugehen und Partner der Unternehmen sind.
- 2) Eine umfassende Wissensbasis über vorhandene wissenschaftliche Kompetenzen an deutschlandweiten Wissenschaftseinrichtungen fehlt.
- 3) Schutzrechtsverhandlungen, mangelndes Praxisverständnis und „Denken in Semestern“ erschweren Kooperationen mit Wissenschaftseinrichtungen. Der Kooperationswille ist auf langfristige Projekte mit größeren Unternehmen ausgerichtet.
- 4) In zahlreichen Fällen gibt es für Wissenschaftler an Hochschulen und Forschungseinrichtungen nicht genügend oder die falschen Anreize, sich im Transfer zu engagieren. Dadurch bleiben die Potenziale vieler Forschungsergebnisse für die Praxis ungenutzt.

### Zielsetzung

Innovationen aus Deutschland: schnell, global erfolgreich.

- 1) Es gibt eine Vision 2030 mit technologischen Kernbotschaften und einen Umsetzungsplan.
- 2) Es gibt eine europäische und deutsche Vision für die Technologieführerschaft.

- 1) Markt- und wettbewerbsfähige Lösungen auf deutscher und EU-Ebene sind erfolgreich. Wachstumskapital durch in- und ausländische Investoren steht auf Augenhöhe mit den USA und China zur Verfügung.
- 2) Recht auf Datenzugang und -teilhabe ist abgestimmt. Datengetriebene Geschäftsmodelle aus Deutschland / der EU sind international erfolgreich am Markt.

- 1) Der Technologietransfer ist professionalisiert. Regionale Ansprechpartner für KMU sind bei Wirtschaftsfördereinrichtungen (u.a. IHKs) angesiedelt.
- 2) Umfassende Wissensbasis über Technologiekompetenzen für Anfragen von Unternehmen existiert und wird gepflegt.
- 3) In der Wissenschaft liegen pragmatische Regelungen für den Umgang mit Schutzrechten, Praxiserfahrungen und praxisorientiertes Projektmanagement vor. KMUs sind stärker in den Transferprozess eingebunden.
- 4) Lebendiger Technologietransfer, getrieben durch die beiderseitige Motivation von Wissenschaftlern und Unternehmern.

### Lösung

„Machermentalität“ fördern.

- 1) Relevante Zukunftstechnologien (z. B. KI, altern. Antriebe & Energiequellen, Mikroelektronik) gemäß Vision und Plan (Zielen!) gesondert fördern und den Wissenstransfer zur Wirtschaft gewährleisten.
- 2) Stärken und Schwächen bei den Schlüsseltechnologien & Marktumfeld analysieren. Dynamische Lösungsansätze und Sprunginnovationen von Bürokratie befreien. Fachkräfte sichern.

- 1) Vorhandene Lösungsansätze (z.B. GAIA-X) praxisnah zusammen mit Unternehmen weiter entwickeln. Staatliches Wachstums- und Wagniskapital bereitstellen und private Investments attrahieren.
- 2) Rechtssicherheit im Umgang mit Daten schaffen (z. B. durch Novelle EPVO und DSGVO). Denken in Geschäftsmodellen in die Bildung integrieren.

- 1) Regionale Technologiescouts und Technologievermittler bei unternehmensnahen Einrichtungen (wie IHKs) implementieren.
- 2) Zentrale Wissensdatenbank zur Forschungslandschaft aufbauen und betreiben. Überblick über das vorhandene Wissenschafts-Know-how priorisieren.
- 3) Praxisorientiertes Arbeiten in der Wissenschaft fördern (z. B. Projekte mit Unternehmen), ggf. Bonus für guten Technologietransfer mit KMU einführen.
- 4) Geeignete Anreizsysteme für die Wissenschaft, sich im Technologietransfer zu engagieren. Förderung der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft.

## Situation

Anteil der innovativen Mittelständler ist auf 19 % gesunken<sup>1</sup>.



## Zielsetzung

Innovationen aus Deutschland: schnell, global erfolgreich.



## Lösung

„Machermentalität“ fördern.



### Impuls 4

„Erst mal machen“ statt regulieren

1) Komplizierte und langwierige Genehmigungsverfahren und Prüfvorschriften (z. B. Umweltauflagen, Brandschutz, Barrierefreiheit, Produktsicherheit) hemmen kurze Wege in den Markt.<sup>2</sup>

2) Die Marktakzeptanz von Technologien kann nicht am Anfang einer Entwicklung unter Realbedingungen getestet werden.

1) Schnelle Genehmigungen (festgelegte Zeiträume) und handhabbare Vorschriften sind eingeführt. D reguliert nicht mehr als die EU vorschreibt (kein „Gold-Plating“).

2) Förderlücke zwischen Demonstrator und funktionsfähiger Kleinserie sind geschlossen. Realitätsnahe Testfelder für den Markttest stehen bereit.

1) Gesetze und Vorschriften besser aufeinander abstimmen, Analogieschlüsse bei Genehmigungen zulassen. Verfahren entbürokratisieren. Bessere Kontrollen und Sanktionen statt schärferer Regeln.

2) Entwicklung vom Demonstrator zur Kleinserie fördern (z. B. durch Erweiterung von ZIM). Schnell zeitlich befristete Anwendungen in begrenzten Test-Märkten zulassen („Innovationsregionen“).



### Impuls 5

Projektförderung erleichtern

1) Die Antragstellung in der Projektförderung ist zu kompliziert (z. B. Antragsverfahren digital & schriftlich, Nebenbestimmungen). Calls entsprechen nicht der Realität in Unternehmen, denn Innovationen richten sich nicht nach Stichtagen.

2) Die Förderlandschaft ist unübersichtlich und die Abgrenzung der Programme ist oftmals schwierig (bspw. existieren vier Programme zur E-Mobilität von vier unterschiedlichen Ministerien).

1) Einheitliche Anträge und Abrechnung. Antragstellung ist fortlaufend möglich.

2) Die Förderprogramme sind zwischen den Ressorts abgestimmt und konsolidiert. Es gibt weniger, dafür thematisch breitere Programme.

1) Zentrale und einheitliche Antragsplattform (Bund und Länder) schaffen. Calls abschaffen. Beantragungs- und Dokumentationssysteme konsequent entbürokratisieren und digitalisieren.

2) Förderprogramme abgestimmt zu größeren Einheiten zusammenfassen. Wettbewerbe und Projektstrukturen an agile Abläufe der Produkt- und IT-Entwicklung anpassen.